Steirische Friedensplattform
www.friedensplattform.at

Palästina Solidarität Österreich
التضامن التمساوي مع فلسطين
www.palaestinasolidaritaet.at

Am Beispiel der BDS-Kampagne:

Das Recht auf Meinungsfreiheit im Kontext der Palästina-Israel-Diskussion

Podiumsdiskussion mit

Univ.-Prof. em. Dr. Wolfgang Benedek, Völkerrechtler

MMag. Elie Rosen, Jüdischen Gemeinde Graz (angefragt)

Vertreter:in der Steirischen Landesregierung (angefragt)

Vertreter:in der Stadtregierung Graz (angefragt)

Hanna Khaled, BDS Austria

Franz Sölkner (Steirische Friedensplattform)

Moderation: **Mag^a Daniela Grabovac**

Freitag, 9. Dez. 2022 um 19:00

Mehrzweckraum der Stmk. Landesregierung im Karmeliterhof

Graz, Karmeliterplatz 2/1

BDS AUSTRIA
Boycott.Divestment.Sanctions

AIK
WWW.ANTIIMPERIALISTA.ORG

Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen

FRAUEN IN SCHWARZ (Wien) - WOMEN IN BLACK (Vienna)
frauen in schwarz wien // fraueninschwarzwien@gmail.com

linke
LINKEstmk

Das Verschwinden Palästinas

David Ben Gurion, der 1. Ministerpräsident Israels, hat das bis heute konsequent umgesetzte Ziel der zionistischen Staatsideologie mehrmals deutlich zum Ausdruck gebracht: „Es geht nicht um einen jüdischen Staat in Palästina, sondern um Palästina als jüdischen Staat!“. Um die jüdische Vorherrschaft sicherzustellen, wurden 1948 im Zuge der Staatsgründung 78 % des Landes erobert und zwei Drittel der arabischen Mehrheitsbevölkerung Palästinas aus ihren Wohnstätten vertrieben.

Im Sechstage-Krieg Israels 1967 verloren weitere 200.000 Palästinenser:innen ihre Heimat und wurden die restlichen 22 % des Landes einer bis heute anhaltenden, harten Militärbesatzung unterworfen. Die dann einsetzende völkerrechtswidrig-kolonialistische Siedlungspolitik verfolgt das Ziel, die Palästinen-ser:innen in kleinen Siedlungsgebieten zu isolieren, um auch diesen „Rest Palästinas“ völlig unter Israels ethno-nationalistische Herrschaft zu bringen. Das war auch der wesentliche Grund für das Scheitern des Oslo-Friedensprozesses.

Die Härte der israelischen Besatzung

Weltweit solidarisieren sich immer mehr Menschen mit den unterdrückten Palästinenser:innen. Die Gräuel von 55 Jahren Militärherrschaft in den besetzten Gebieten, 17 Jahre Blockade und vier große Kriege gegen Gaza, die Auswirkungen des Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberungen, Enteignung von Land und Wasser, Siedlergewalt, wirtschaftliche Strangulierung, willkürliche Verhaftungen von Kindern, tausende politische Gefangene, außergerichtliche Tötungen, alltäglich unzählige Schikanen an den Checkpoints und eine Unkultur weitgehender Straflosigkeit selbst bei schweren Übergriffen von Siedlern, Grenzpolizisten und Soldaten, usw., all das lässt sich nicht länger verschweigen - allzu offensichtlich sind diese Völker- und Menschenrechtsverletzungen.

Einige der im Aug. 2022 von Israel in Gaza getöteten Kinder

Palästinensische Organisationen weisen schon lange darauf hin, dass Israel zwischen Mittelmeer und Jordan ein menschenrechtswidriges Apartheidsystem aufrecht erhält. Aufgrund von umfassenden Berichten renommierter Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und B’Tselem setzt sich diese Erkenntnis zunehmend auch in Europa, den USA und bei kritischen jüdischen Organisationen durch.

Was ist BDS?

Gegen die Unterdrückung wehrt sich die Palästinensische Bevölkerung auch mit einer gewaltfreien Widerstandskampagne. Nach dem Vorbild der erfolgreichen Bewegung gegen das südafrikanische Apartheidregime appelliert sie an die internationale Solidargemeinschaft sie in ihrem Befreiungskampf mit Mitteln des **B**oykotts, der **D**esinvestition (=Kapitalabzug) und der Verhängung von **S**anktionen zu unterstützen.

BDS richtet sich solange gegen den Staat Israel, bis die drei auf Basis des internationalen Rechts erklärten Ziele erreicht sind, nämlich: 1) Das Ende der Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes und Abriss des vom Internationalen Strafgerichtshof 2004 verurteilten Sperrwalls, 2) die vollkommene rechtliche Gleichstellung der arabisch-palästinensischen Bürger:innen Israels, 3) die Anerkennung der Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde.

Die Reaktion der Besatzungsmacht

Dem zunehmenden internationalen Erfolg der BDS-Bewegung begegnet Israel seit einigen Jahren mit einer ebenfalls international ausgerollten Gegenkampagne. Mit jährlich zigmillionen US-Dollar aus dem Staatsbudget finanziert, wird BDS als „antisemitisch“ diffamiert. Auch auf politische Entscheidungsgremien in Österreich wirken Lobbyisten der immer weiter Richtung Rechtsextremis-mus abdriftenden israelischen Regierungspolitik ein, um BDS aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. In der Steiermark tat sich MMag. Elie Rosen besonders hervor und fand bei einer Mehrheit unserer Politiker:innen ein offenes Ohr: Am 14. 11. 2019 haben der Gemeinderat von Graz und am 05. 05. 2020 der Landtag Steiermark Anti-BDS-Beschlüsse gefasst. Demnach dürfen für Veranstaltungen, die die BDS-Bewegung unterstützen, keine öffentlichen Räume zur Verfügung gestellt werden, und Vereine oder private Firmen, die das tun, verlieren ihre Förderungen.

Maulkorb im öffentlichen Raum?

Wir von der Steirischen Friedensplattform waren von diesen Beschlüssen schon mehrfach betroffen: Für geplante Veranstaltungen wurden uns öffentliche Räume der Stadt Graz verwehrt und aus Angst vor einem Verlust seiner Fördergelder hat uns ein Grazer Kulturverein den bereits unterschriebenen Raummietvertrag gekündigt.

Unabhängig davon, ob man BDS unterstützt oder nicht, muss eine offene und freie Diskussion über diese Kampagne möglich sein. Wer diese unter dem Vorwand des Antisemitismus erstickt, will in

Wirklichkeit die Kritik an der israelischen Apartheidpolitik tabuisieren.

Ob diese Beschlüsse unserem Menschenrecht auf Meinungsfreiheit (Art. 10 EMRK) entsprechen, ist das spannende Thema des Abends.